

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Helfende Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die hochgepostete Beilage 50 Pf., außerhalb der Anstaltsverwaltung 75 Pf., im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelblatt und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 80

Donnerstag den 7. April 1921

87. Jahrgang

Nährmittelverteilung.

An die Nährmittelzugaberechtigten des Bezirkes werden demnächst ausgegeben für auf Abchnitt der

Rinder im 1. u. 2. Lebensjahre	3. u. 4. Lebensjahre	Personen über 4 Jahre	Personen rotsen, grünen, orange- Nahrungsmittelkarte
250 g	250 g	125 g	D7 D7 A7
250 "	250 "	62,5 "	E7 E7 B7
125 "	125 "	— "	F7 F7 —

Wohrden werden für die Kinder bis zum 4. Lebensjahre je 500 g Grieß als Sonderverteilung auf Abchnitt C7 der rotsen und grünen Nährmittelkarte ausgegeben.

Verkaufspreise wie bei der letzten Verteilung. Verkaufstage bestimmen die Ortsbehörden.

Nr. 144 b Br. Der Kommunalverband Dippoldiswalde, am 4. April 1921.

Freitag den 8. April 1921 abends 7 Uhr

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde

Die Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

Geschäftszeit im Rathaus.

Die allgemeine Geschäftszeit der städtischen Verwaltungsstellen wird von Montag, dem 11. April ds. Js. ab bis auf weiteres auf 1/28 Uhr vormittags bis 1/21 mittags und von nachmittags 2—5 Uhr, Sonnabends bis 1/23 Uhr, festgelegt.

Für den öffentlichen Verkehr sind wie bisher geöffnet:

Verwaltung, Standesamt, Stadt- und Steuerkasse: an allen Werktagen von vormittags 1/29 Uhr bis mittags 1/21 Uhr, Spar- und Girokasse: Montag bis Freitags von vormittags 1/29 Uhr bis mittags 1/21 Uhr, nachmittags von 2 bis 3 Uhr, Sonnabends nur von vormittags 1/29 bis mittags 1/21 Uhr. Dippoldiswalde, am 26. März 1921. Der Stadtrat.

Wegen vorzunehmender Reinigung bleiben sämtliche Geschäftsräume des untergeordneten Stadtrats

Freitag, den 8. und Sonnabend, den 9. April ds. Js. für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Das Standesamt ist an beiden Tagen vormittags von 11—12 Uhr geöffnet. Dippoldiswalde, am 26. März 1921. Der Stadtrat.

Vertikales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Tagesordnung zur 9. Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde, Freitag den 8. April 1921, abends 7 Uhr im Rathungssaal. a) Öffentliche Sitzung: Annahmearbeit von 2 Dank schreiben — Verteilung der König-Albert-Stiftungs-Zinsen. — Gesperrvernehmung. — Anfertigung des Protokolls für die Sitzung vom 6. (Meine Ware). — Verpachtung eines Stück städtischen Areal am Krankenhaus. — Veränderung der Unfallversicherungswerte für die freiwillige Feuerwehr. — Verpachtung der Erziehung des Flurhundes Nr. 579. — Gesuch um käufliche Ueberlassung des Reststücks vom Flurhunde Nr. 591. — Haushaltsplan der Feuerkasse. — Hauptversammlungsbericht für die Handels- und Gewerkschule. — Abordnung zu einem technisch-wirtschaftlichen Lehrgang. — Erhöhung des Mitglieds für die Kellereiarbeit im Brauereigrundstück. — Einleitung eines Kaufes im Brauereigrundstück. — Sicherstellung während der Nachtzeit. — Haushaltsplan für die Stadtkasse. — Gesuch um den städtischen Rat auf 1920/21. — Uebertragung von Land an den Arbeiterbildungsverein. — Erhaltung einer neuen städtischen Behälterstelle. — b) Nichtöffentliche Sitzung.

Die Gewinnliste der Geldlotterie zu Gunsten der „Rippoldiswalde“ ist erschienen und liegt in unserer Geschäftsstelle zur Einsichtnahme aus.

Der Rotweineverein hat Fräulein Ade Bauer-Dresden gewonnen, zur Abhaltung eines Gymnastik-Kurses; Fräulein Bauer hat mit ihrer Weidhe bei Kindern und Erwachsenen schöne Resultate erzielt. Näheres im Inseratenblatt.

Heute Mittwoch abend gelangt in den Sternlichtspielen der spanische Schminnesim „Das Robinnett des Dr. Caligosi“ und das Lustspiel „Harry wird Millionär“ zur Darstellung.

Erledigt: Die Akt-Kassette in Haindorf i. Erzgeb. Kreise: Die oberste Schwelbische Einkommen: Die geographischen Bezüge und 900 Pf. vom Reichsdienst. Erhöhung des hiesigen städtischen Einkommens steht bevor. Bewerber sind bis zum 21. 4. 1921 mit den nötigen Belegen beim Bezirksamt zu Dippoldiswalde einzubringen. Rippoldiswalde. Ein Hotelbesitzer Herr Schöber in Schöbermühle, Thomarn in Rippoldiswalde, Frau Hotelbesitzer Weber, Rippoldiswalde und Frau Professor Dr. Höfel in Oberhaindorf wurde für ihre Verdienste um das rote Kreuz die rote Kreuz-Medaille III. Klasse verliehen und am Sonntag im Auftrag des Landesvereins der Vereine vom roten Kreuz durch Herrn Geheimrat von Baensch aus Dresden überreicht.

Glückwünsche. Der hiesige Spar- und Vorsparverein e. B. m. b. H. hat seinen Namen in Bankverein e. B. m. b. H. geändert.

Dresden. Die erste Sitzung des Landtages nach den Osterferien am Dienstag begann gleich mit einem willigen Tumult, den die Kommunisten hervorriefen. Präsident Fröhlich eröffnete die Sitzung mit einem warmen Nachruf für den verstorbenen Abg. Gerng (Soz.) und den verstorbenen Journalisten-Kommissionsrat Mäder. Darauf nahm Abg. Giewert (Komm.) das Wort zur Geschäftsordnung, um gegen das in der hiesigen Presse in den letzten Tagen erhobene lächerliche Geschimpf über die kommunistische Partei zu protestieren, der damit die Schuld an den Verbrechen der

lichten Wochen zugeschoben werde. (Sehr richtig! in der Mitte und rechts.) Die kommunistische Partei sei ein Teil derjenigen, die das Zustandekommen der jetzigen sächsischen Regierung ermöglicht haben. (Stürmische Zurufe bei den bürgerlichen Parteien) Sie habe deshalb ein großes Interesse daran, daß sofort Klarheit in der Kammer darüber herbeigeführt werde, wo die eigentlichen Verbrechen zu finden seien, die dieses Unheil in Deutschland angerichtet hätten. Redner begründete hierauf unter lebhaftem Widerspruch der übrigen Parteien, insbesondere der bürgerlichen Parteien, den folgenden Antrag: Im Rennauer werden sächsische Arbeiter unter schweren Mißhandlungen durch Schütztruppen und Spione zurückgehalten. Todesurteile sind bereits gefällt. Die Gefahr, einmordet zu werden, besteht für jeden einzelnen. Zweifelloserweise einer organisierten und der konterrevolutionären Regierung bezahlten Spionbande ausgeführte Missetate werden als Vorwand zu Erschießungen und Mißhandlungen von Arbeitern benutzt. Ausnahmegerichte sollen den weißen Schreien vollaufen. In Dresden und Leipzig sind ohne jeden Anlaß Mitglieder der kommunistischen Partei in Haft genommen. Bei dem bisherigen Aufmarsch der Konterrevolution stand die Regierung gegen die Arbeiterklasse, unterstützte durch Einsetzen von Spio und Polizei die Aktion der weißen Borden. Wir fordern von der Regierung, daß sie sofort die Freilassung der Arbeiter aus dem Rennauer mit allen Mitteln durchsetzt, die weiteren Ermordungen von Arbeitern sowie das Zusammenbrechen der außerordentlichen Gerichte verhindert und für Freilassung sämtlicher Arbeiter ihren Einfluß geltend macht. Wir erwarten von der Regierung sofortige und klare Antwort.“ Der Präsident suchte dem Redner das Wort durch andauerndes Klopfen mit dem Hammer zu entziehen, da seine Ausführungen nicht mehr geschäftsordnungsgemäß waren. Die übrigen Parteien verließen zum Teil den Sitzungssaal. Es herrschte große Erregung im Hause, zumal als sich der Redner in äußerst erregter, bei der Annäherung der Türe kaum verständlichen Ausdrücken sowohl gegen die Bürgerlichen als auch, nachdem der Präsident über den Antrag zur Tagesordnung überging, da es sich um keinen geschäftsordnungsgemäß gestellten Antrag handelte gegen die beiden anderen sozialistischen Parteien wandte. Die kommunistische Partei verließ hierauf unter lebhaftem Protest das Haus. Darauf erledigte der Landtag nach längerer Aussprache eine Anfrage der Sozialdemokraten wegen der Schlagschlagexplosion in Delitzsch, wobei der Finanzminister Held erklärte, daß nach den von verschiedenen Seiten vorgenommenen Untersuchungen als wahrscheinliche Ursache die Öffnung einer Gasblase vor Ort anzusehen sei. Den Schluß der Beratungen bildete eine Anfrage der Deutschnationalen, die Holsen umlage der Landwirte betreffend, wobei von den Antragstellern eine Herabsetzung der gegenwärtigen Holsen umlage gefordert wurde. Nächste Sitzung Mittwoch den 6. April mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Antrag Baur, Änderung der Rot der Erwerbstoten betr. Beschlußfassung über die Regelung der Rot der Zulagen, Darlehen an die Landesfische. Vorlage über Erhöhung der Gebühren der Verwaltungsgerichte und Vorlage über Wartegelder der Radelhändler.

In der Donnerstag-Sitzung des Landtages wird die Regierung eine Erklärung über ihre Stellungnahme zu den Vorlesungen der letzten Wochen geben. Im Zusammenhang damit wird auch die noch schwebende Amnestiefrage

behandelt werden. Die Regierungserklärung wird zu einer allgemeinen großen politischen Aussprache führen.

Stadt Wehlen. Im Bastegebiet stürzte kürzlich ein Kugelstiller der Eisenapotheke in Aereans ab. Er konnte nur als Leiche geborgen werden.

Leipzig. Auch in den Monaten Januar bis März 1921, in denen 550 landwirtschaftliche Betriebe in der Kreis-hauptmannschaft Leipzig auf die Getreidebestände kontrolliert wurden, ist festgestellt worden, daß das Ueberschuss weit hinter dem tatsächlichen Ernteertrag zurückblieb. 12351 Zentner Brotgetreide, Gerste und Hafer sind wahrscheinlich im Schleißhandel verkauft oder veräußert worden.

Gersdorf. Der kommunistische Aufruhr in den letzten Tagen hat auch hier mit sich gebracht, daß die Gendarmerie eine Anzahl Verhaftungen vornehmen mußte. Die jungen Menschen, die auf „Gotteslegen“ einen Beamten, der ihnen entgegentrat, verprügeln und die Kesselfeuer herausrufen, wodurch die in der Grube befindlichen Arbeiter in große Gefahr kamen, sind festgenommen und an die Staatsanwaltschaft abgeführt worden.

Sugau. Die Kommunisten haben daselbst Verbrechen wie bei der städtischen Grube „Gotteslegen“ bei Delitzsch auch auf der Kaiserin-Augusta-Grube in Sugau verübt. Auch dort trat die große Sirene zum ersten Male seit 20 Jahren in Tätigkeit und tötete die ganze Bevölkerung der Umgebung herbei, die die Schandduben von den Eingängen zu dem Schächten vertrieb. Eine zur Zeit des Vorganges tagende Konferenz der Bergarbeiter verlangte einstimmig von der Regierung ausreichenden Schutz der Arbeitwilligen gegen die Terroristen. Daraufhin wurde Chemnitz Sicherheitspolizei nach Sugau entsandt.

Delitzsch i. B. Zur Errichtung von Wohnungsbauten wird die Stadt laut Beschluß ihrer städtischen Kollegien eine neue Anleihe von 2 Millionen Mark aufnehmen. Davon sind 1200000 Mark zu diesem Zweck bestimmt. Zum Ausbau vorhandener Gebäude zu Wohnungszwecken sollen 100000 Mark dienen. 300000 Mark sollen als teilweiser Ersatz der Verluste dienen, die der Stadt durch die Lebensmittelverknappung in letzter Zeit erwachsen sind. Diese Verluste bezifferten sich auf etwa 600000 Mark.

Baugen. Schwere Ausschreitungen sind im Kreise Hoyerwerda verübt worden. Das dem Fürsten zu Sogna gehörige Schloß wurde vorige Woche von einer Bande Kommunisten besetzt, die den Generalvollmachtigten Rittmeister Gäbler verhafteten und aus dem Schloße Gewehre nahmen. — Bei dem Gutsbesitzer Sigismund in Ditzband zogen plündernde Banden ein, demolierten die Einrichtung, führten das Vieh weg und nahmen dem Besitzer und seine Kinder als Geiseln mit. Die Banden kamen aus dem Kreise Liebenwerda herüber.

Schneeberg. Eine Heimkehrer-Tragödie spielte sich in Grünbach am Schneeberg ab. Der Arbeiter Diebold kam nach lebenslänglicher Abwesenheit dort an. Er war schwer krank, erreichte aber noch den Ort; doch auf dem Wege vom Bahnhof in seine Wohnung brach er zusammen. Er verlegte sich schwer, und da es Nacht war, blieb er bis zum nächsten Tag ohne Hilfe liegen. Dann brachte man ihn zu seiner Frau, die bis dahin von seiner Rückkehr nichts gewußt hatte, und eine Stunde später verschied er in ihren Armen.

Druckmaschinen für die Industrie druckt Carl Jehne

Karl endlich abgereist.

Nachreise nach der Schweiz.

Der Erzherzog Karl ist am Dienstag vor- mittag 10 Uhr 35 Min. von Steinamanger abgereist, um nach der Schweiz zurückzufahren. Er reist im Sa- lomwagen zunächst von Steinamanger nach der steier- märkisch-ungarischen Grenzstation Gehrung. Von dort wird der Zug durch deutsch-österreichisches Gebiet nach der Schweiz geleitet werden. Gemäß dem Beschlusse des Ministerrats in Wien wird der Zug auch von Ber- trauensleuten der sozialdemokratischen und der christlich-sozialen Partei begleitet. Der ungarische Außenminister, Graeg, der sich während dieser Tage in Steinamanger aufhielt, ist zu- rückgetreten.

Der erste Aufzug des Schauspiels von Steinamanger ist zu Ende. Er bot der Welt den Anblick der jämmer- lichen Bächerlichkeit. Was nicht zu verwundern ist: Karl ist kein tragischer Held.

Nun kehrt er nach Prangins heim, und das mag ihm wohl am meisten Sorge machen. Denn dort erwartet ihn die ehrgeizige Erzherzogin Rita, die dem schweizerischen Oberpolizeidirektor gegenüber, der die Unter- suchung in Prangins leitet, erklärte, daß sie allein für das Unternehmen ihres Gemahls verantwortlich sei, wenn sie habe ihren Mann dazu aufge- muntert.

Für die deutsche Öffentlichkeit ist es von größtem Wert, zu wissen, daß man es bei der Oberfahrt des Erzherzogs mit einem Versuch der französischen Politik zu tun hat, durch Errichtung eines neuen Habs- burgerreiches weitere Sicherheiten gegen Deutschland zu schaffen, den Anschlußgedan- ken Deutsch-Österreich an Deutschland ein für allemal zu beseitigen, und zugleich die ober- schlesische Frage wie die der Zukunft Polens in fran- zösischem Sinne zu regeln. Unklar ist noch, ob London von dem Streich überrascht worden ist, und wie es zu ihm steht. Die italienische Regierung pro- testiert energisch dagegen.

Der geistige Leiter des Staatsstreichversuchs iiber Prinz Windisch-Grätz, der zu den nächsten Vertrau- ten Karls in Prangins gehörte und mit dem französi- schen General Franquet d'Esperey, dem jetzigen Kommandierenden Straßburgs, befreundet ist. Der Prinz ist ein eifriger Anhänger der Donaukonföderation; er erklärt, durch Franquet d'Esperey Verbindung mit Wien. Dieser erklärte trotz seiner neuerlichen Abmachungen mit dem tschechoslowakischen Außenmin- ster Dr. Beneš, Frankreich würde, wenn sich die Donau- staaten zu einer neuen Einheit unter den Habsburgern zusammenfinden würden, deren Rückkehr nach Ungarn nicht unfreundlich betrachten. Im Vertrauen auf diese Versicherungen brach Karl nach Budapest. Dann wurde er jedoch von der offiziellen französischen Po- litik verleugnet.

Deutschland und Amerika.

Entstellte Nachrichten in der Pariser Presse.

Ueber den deutsch-amerikanischen Wei- austausch sind in der Pariser Presse entstellte Nach- richten veröffentlicht worden, die die deutsche Regie- rung dazu veranlaßt haben, den Wortlaut der deut- schen und der amerikanischen Denkschrift jetzt zu ver- öffentlichlichen.

Der Inhalt der deutschen Denkschrift.

Die deutsche Denkschrift wurde am 21. März vom Reichsaußenminister Dr. Simons dem amerikanischen Geschäftsträger in Berlin bei einer Besprechung über die Wiederherstellung überreicht. Es heißt darin:

Die deutsche Regierung bebauert sehr, daß in Lon- don trotz ihrem aufrichtigen Wunsche, den verbänden- ten Regierungen soweit wie irgend möglich entgegen- zukommen, weit über die Grenzen dessen hinaus, was die wirtschaftlichen Sachverhältnisse für möglich erach- ten, keine Einigung erzielt wurde.

Wenn Mr. Lloyd George gesagt habe, Deutsch- land sei nicht zur Wiederherstellung be- reit, so ist diese Behauptung nicht richtig. Alle ver- antwortlichen Stellen in Deutschland und insbeson- dere auch die deutschen Arbeiter sind durchaus ge- willt, zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mit allen Kräften beizutragen. Auch sei man sich dar- über einig, daß die deutschen Vorschläge die Finan- znot der Verbündeten berücksichtigen müssen.

Zwei große Ziele der Wiederherstellung liegen vor, nämlich der Wiederaufbau der zerstörten Ge- biete und die Beschaffung sofort greifbarer grö- ßerer Hilfsmittel in fremden Devisen.

Deutschland wünscht keine Verewigung des Wäz- husses.

Es wird daher nochmals der französischen Re- gierung Vorschläge unterbreiten. Hat die französische Regierung Bedenken gegen die Verwen- dung so zahlreicher deutscher Arbeitskräfte im Wieder- aufbaugelände, so würde die deutsche Regierung auch bereit sein, in jeder anderen möglichen und fran- zösisch-genehmen Form ihre guten Dienste und Kräfte zur Verfügung stellen.

Der Finanznot der Verbündeten kann nur auf dem Wege des Kredits Abhilfe geschaffen werden. Als einzige Lösung des Kreditproblems bleibe die Aufnahme einer internationalen Anleihe übrig. Deutschland wäre bereit, für den Dienst der Anleihe die erforderlichen Sicherheiten zu gewähren.

Die Verbündeten haben dieselbe darauf hingewie- sen, daß Deutschlands Lage günstiger sei, als die man- cher alliierten Länder, weil es keine auswärtigen Schulden habe. Deutschland würde sich nicht weigern, an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit die Berin- gung und die Tilgung der Verbindlichkeiten einzelner Verbündeter zu übernehmen, wenn dies von den Ver- bündeten und deren Gläubigern selbst gewünscht wer- den sollte.

Deutschland erklärt sich aber auch ausdrücklich be- reit, jedem anderen Vorschlag sich anzuschließen, der ge- eignet erscheint, die Entwerruna des europäischen

Wirtschafts- und Finanzproblems herbeizuführen. Es glaubt, daß die Wiederanbahnung des internationa- len Wirtschaftslebens auch nicht durch eine Politik der Gewalt und der Drohungen, sondern nur im Wege friedlicher Auseinandersetzung und Verständigung zu erreichen ist. Die deutsche Re- gierung legt Wert darauf, mit allem Nachdruck zu versichern, daß sie zu ihrem Teil ehrlich gewillt ist, diesen Weg zu geben.

Die amerikanische Antwort.

Der amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Herr Dresel, hat am 29. März als Antwort auf die deutsche Denkschrift im Auswärtigen Amt seinerseits eine Denkschrift übergeben, in der betont wird, daß die amerikanische Regierung, ebenso wie die verbän- deten Regierungen, Deutschland für den Krieg ver- antwortlich und daher moralisch verpflichtet halte, Reparationen, so weit dies möglich sei, zu leisten. Die amerikanische Regierung glaube, in der Denkschrift den aufrichtigen Wunsch der deutschen Re- gierung zu erkennen, Verhandlungen mit den Ver- bündeten auf einer neuen Grundlage zu eröffnen.

Es ist bedauerlich, daß das Auswärtige Amt nach allen Erfahrungen der letzten Jahre über das Be- streben der feindlichen Auslandspresse, Deutschlands Denken und Tun zu seinen Ungunsten zu entstellen, noch nicht den rechten Blick für die psycholo- gische Beurteilung solcher Fragen sich angeeignet hat. Haben sich im Gedächtnis der Öffentlichkeit erst ein- mal falsche Vorstellungen festgesetzt, so ist es kaum möglich, sie wieder zu verwischen und durch die rich- tigen zu ersetzen. Damit soll nicht gesagt sein, daß bei so langer Veröffentlichung der deutschen Denkschrift die Unheil möglichst gewesen wäre; es sind das Fragen, die mit unserem gesamten Auslandsdienst zu- sammenhängen.

Mit bewaffneter Hand.

Vor einem neuen französischen Ultimatum.

Der Berichterstatter des Blattes „Le Soir“ in Brüssel hat, nach dem er in Paris war, berichtet, daß die französische Regierung die Absicht, selbst zu fordern. Die französische Regierung wünscht herab, mit den Alliierten einig zu bleiben. Aber die Lebensinteressen Frankreichs stehen auf dem Spiel, und es darf nicht mehr gewartet werden. Daher wird die französische Regierung in Kürze Deutschland eine letzte Auf- forderung senden, und zwar nicht in Form einer diplomatischen Note, sondern in Form eines Ulti- matums. Deutschland soll ein sehr kurzer Zeit- raum gelassen werden, um die völlige Erfüllung aller Bestimmungen des Versailler Vertrages zu akzep- tieren. Sobald die Antwort günstig lautet, würden die nötigen Maßnahmen getroffen werden, um eine geregelte Erfüllung der deutschen Verpflichtungen zu ermöglichen.

Im anderen Falle würde die französische Regie- rung bei ihren Bundesgenossen nachfragen, wer sich ihr anschließt, um mit bewaffneter Hand die wirkliche Ausführung des Versailler Ver- trages zu erzwingen. Wenn Einigkeit gewahrt bleibe, so würde sich die französische Regierung freuen, tritt das nicht ein, so würde sich die französische Regierung entschließen, allein zu handeln und Deutsch- land mitteilen, daß Frankreich von diesem Tage an seine eigenen Bedingungen stellt und, falls nötig, so- fort auf eigene Faust sich Vorkämpfer ver- schafft.

Die Warnmeldung des belgischen Blattes, daß Frankreich selbständig vorgehen und im Falle der Ab- lehnung seiner finanziellen Forderungen sich durch ge- walttätige Besetzung weiterer deutscher Gebiete schadlos halten will, kommt nicht unerwartet. Schon seit Jahr und Tag haben die französischen Militaristen und Imperialisten unter Führung des ehemaligen Kriegspräsidenten Poincaré der französischen Regie- rung alle Verständigungsversuche planmäßig vereitelt und die Fausthandpolitik als einzig mögliche Politik gegenüber dem „widerpenigen“ Deutschland empfoh- len. Verschärfend hat die französische Regierung diesem Drängen der Pariser Chauvinisten nachgegeben. Wir erinnern nur an die französische Extratour vor einem Jahre, wo Hochs Divisionen als „Schierung“ gegen das Eindringen der Reichswehr in die neutrale Zone des Ruhrgebietes den Maingau besetzten.

Bekanntlich trübte sich damals das Verhältnis zwischen England und Frankreich, und der englische Botschafter in Paris wurde sogar beauftragt, an den Sitzungen des Botschafterrates, soweit sie sich auf An- wendung des Friedensvertrages bezogen, nicht teil- zunehmen, so lange Frankreich nicht die Versicherung gegeben habe, künftighin in voller Übereinstimmung mit den Verbündeten zu handeln.

Damals mußte Frankreich sich fügen, aber beharr- lich arbeiten seine Staatsmänner, seine Generale und seine Presse auf ihr Ziel hin, nämlich die Besetzung des Ruhrgebietes. Frankreich mußte bei sämtlichen Be- ratungen allen Fragen, die ihm günstige Form zu verleihen, alle Meinungen in seinem Sinne um- zulegen; und wenn bei den anderen Verbündeten — besonders bei Italien und zuweilen bei England — Bedenken rege wurden, so erwiderte es letzten Endes doch für sich neue Vollmachten, die es ihm ermög- lichten, sich seinem Ziele weiter zu nähern.

Sollte Frankreich meinen, daß die Verbündeten nun am Ende ihrer Nachgiebigkeit sind? Die obige Mel- dung könnte darauf schließen lassen. Wir meinen, es ist nur die Borsarbeit dafür, die Verbündeten sich ge- fällig zu machen.

Das deutsche Volk aber ist wehrlos; es wird sich möglicherweise von Frankreich Gewalt antun lassen müssen. Und was ist Böllerecht, was ist Böllere- bund?

Der Kampf um Oberschlesien.

Ein Aufruf der heimattreuen Oberschlesier.

Das Zentralorgan der Vereinten Verbände he- mattreuer Oberschlesier, die „Oberschlesische Warte“, be-

offenbart in ihrer neuesten Nummer folgenden Aufruf: Der deutsche Sieg in Oberschlesien hat, wie zu befürchten war, den polnischen Terror in Oberschlesien ausgelöst. Nach den vorliegenden Nach- richten über die Gewalttate ist kein Zweifel mehr, daß Korsanty mit seinen organisierten Mordbänden, da er den Sieg auf ehrliche Weise, mit dem Stimm- zettel, nicht erringen konnte, auf dem Wege der Ge- walt, ähnlich wie es seinerzeit in Posen der Fall war, in Oberschlesien fertige Tatfachen schaffen will.

Die Gewalt und die Lüge, das sind die Mittel, mit denen er jetzt operiert. Während die Abstimmung eine unabweisliche, klare deutsche Mehrheit er- geben hat — in 688 Städten und Ortshäusern gab es eine deutsche Mehrheit gegenüber 597 Gemeinden mit polnischer Mehrheit — posant er nach Warschau, Paris, London und in die ganze Welt in der scham- lossten Weise die Lüge von einem polnischen Siege hinaus. Um Glauben zu finden, unterschlägt er den Oberschlesiern und der Welt eine ganze Reihe von Gemeinden mit deutscher Mehrheit. Warschau feiert auf Grund dieser Lügenanfänger Siegesfeste. Die französische Presse brüllt: Oberschlesien den Polen und die Schutzmacht De Fonds schlägt das deut- sche Oberschlesien, indem sie durch Festsetzungsverbote die Wahrheit zu Boden drückt, sich vor die polnischen Mordbrenner stellt, ihnen den moralischen Erlaubnis- schein für ihre Gewaltpropaganda ausstellt, dem deut- schen Plebiszitkommissariat mit Ausweisung droht, dem Verbände heimattreuer Oberschlesier jegliche Tätigkeit in der Flüchtlingsfürsorge verbietet!

So steht es jetzt in Oberschlesien aus! Die Ge- richts wird einst über dieses „Schutzregiment“ der Besatzungsmacht ihr Urteil fällen!

Und wir Oberschlesier müssen dieser Wirtschaft mit der geballten Faust in der Tasche zusehen, vorläufig zur Ohnmacht verdammt. Aber wir halten fest an unserer Heimat, wir lassen sie nicht und wer da unter uns glaubt, seine Arbeit sei mit der Abstimmung getan, der befindet sich in einem gefährlichen Irrtum! Jetzt erst recht müssen wir zu- sammenschließen!

Laßt nicht locker, bis die Heimat tatsächlich euer ist!

Tauf an Oberschlesien.

Der Reichspräsident hat am Montag die leitenden Persönlichkeiten der in den Vorarbeiten und der Durchführung der Volksabstimmung in Oberschlesien beteiligten Organisationen empfangen und hat ihnen für ihre hingebende und erfolgreiche Tätigkeit den herzlichsten Dank des deutschen Volkes und der Reichsregierung ausgesprochen.

In dieser Begrüßungsansprache hat der Reichs- präsident darauf hingewiesen, daß Oberschlesiens Be- vollmächtigung zum Deutschland abgelegt habe. Ober- schlesien habe in alter deutscher Treue bekundet, und vor aller Welt Zeugnis abgelegt, deutsch bleiben zu wollen; aber noch sei der Kampf um die Zu- kunft des Landes nicht beendet. Es gelte auch weiterhin, unser gutes Recht zu verteidigen und auf Erfüllung des Willens der Bevölkerung zu bestehen, der das Verbleiben des ungeteilten Oberschlesiens beim Reiche fordert.

Der beendete Putsch.

3642 Auftraher in Mitteldeutschland festgenommen.

Der kommunistische Putsch hat sein Ende gefunden. Die Lage in Mitteldeutschland ist im allgemeinen ru- hig geworden, und die Auftraherbewegung kann als nie- dergeschlagen gelten. Die Streifen der Schuppeljet im mitteldeutschen Auftrahergebiet werden fortgesetzt, und hier und da erfolgen noch Festnahmen aufräh- der Bänden. Bei der gesamten Aktion gegen die Auftraher sind nach den bisherigen Feststellungen ins- gesamt 3642 Aufträhliche festgenommen worden. Der Hauptteil der Verhafteten befindet sich im Raumwert in polizeilichem Gewahrsam.

Im einzelnen wird von der Meldestelle des Ober- präsidenten in Magdeburg mitgeteilt:

Im Regierungsbezirk Merseburg wurden bei verschiedenen Streifen mehrere Personen festgenommen und auch Gewehre beschlagnahmt. Festgesetzt wurde mit einer Hundertschaft dauernd besetzt. Im Kreis Torgau wurden 230 Personen festgenommen. In Torgau ist ein Handgranatentatentat auf den zweiten Vorgemeister verübt worden, das mißlang. Es wur- den erhebliche Munitionsfunde gemacht. Ueber Weißenseis ist die Telefonsperrre ver- hängt worden.

Nur eine Gesichtsphase...

Während die Leiter der kommunistischen Parteien Deutschlands, die eigentlichen Urheber des verbreche- rischen Aufstandes, durch Abblasen des Generalstreiks die Schuld selbst als verloren geben, kündigen sie jedoch gleichzeitig in der „Roten Fahne“, dem Ber- liner kommunistischen Zentralorgan, an, es heiße bald wieder „Sturmruhen unter dem Banner der gesamte Situation schreie nach neuem Kampf“. Wörtlich heißt es in dem schamlos gehaltenen Aufruf:

„Formiert euch neu zum Kampf. Sticht gerührt, bald heißt es wieder: Sturmruhen unter dem Banner und dran gegen die Feinde. Dies Gesetzt wird ab- gebrochen, jedoch die Situation schreit nach neu- em Kampf. In Thüringen, in Bommern, in Schles- wig-Holstein stehen die Handarbeiter unmittelbar vor schwe- ren Kämpfen. Im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet stehen die Bergleute vor einem Riesenkampf.“

Nach Ansicht der kommunistischen Führer handelt es sich also nur um eine Gesichtsphase. Hoffentlich forcht die Regierung der angefordigten Aufhebung der Land- arbeiter und der Aufrührer sofort nach und trifft die nötigen Vorbeugungsmaßnahmen, damit das deut- sche Volk vor einer Wiederholung des kommunisten- terrors verschont bleibt.

Sprenghoffende und Verhaftungen in Breslau.

Der Breslauer Polizei gelang es, verborgen ge- haltene Sprenghoffende zu ermitteln und zu beschlagnahmen. Durch einen Unfall gelangte sie außerdem

in den Besitz von Schriftstücken, auf Grund deren sie eine große Anzahl von Personen verhaftete. Bis her sind ungefähr 56 Personen festgenommen worden, darunter zehn Personen aus der Provinz.

Proteststreik der Berliner Kommunisten.

Trotz aller Warnungen der Gewerkschaften ist es den Kommunisten gelungen, bei den Berliner Metallarbeitern den Beschluß durchzubringen, daß am Mittwoch, dem Tage der Besetzung ihres auf der Flucht erschossenen Führers, ein 24 stündiger Proteststreik über Berlin verhängt werden soll. Der Versuch, die ganze Berliner Arbeiterschaft in den Proteststreik hineinzuziehen, ist gescheitert. Die Kommunisten haben zwar die Arbeiter aufgefordert, während des ganzen Tages den Arbeitsstätten fernzubleiben, aber die Gewerkschaften und die beiden sozialdemokratischen Parteien haben ihre Mitglieder lediglich zur Teilnahme an der Trauerfeier aufgefordert und ausdrücklich gewarnt, aus Anlaß der Besetzung sich zu irgendwelchen Aktionen hinreichend zu lassen.

Die Aburteilung der Anführer beginnt.

Das außerordentliche Gericht, das aus Anlaß der letzten kommunistischen Unruhen für den Bezirk Berlin eingesetzt worden ist, tritt am Mittwoch zusammen. Vor ihm werden sich alle diejenigen, die unter dem Verdacht eines kommunistischen Verbrechens festgenommen worden sind, zu verantworten haben, u. a. auch die an dem Attentat auf die Siegessäule beteiligten Personen. Es soll sich um insgesamt 500 Angeklagte handeln. Die Prozesse werden deshalb wochenlang dauern.

Politische Rundschau.

Berlin, 6. April 1921.

— Infolge des Ubergangs des Reiches auf das neue preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten am 1. April aufgelöst worden.

— Der Provinziallandtag der Provinz Niederschlesien hat den Landrat Seibold (Soz.) zu seinem Vorsitzenden gewählt. Der Provinziallandtag Oberschlesiens wählte zu seinem Vorsitzenden durch Zufall den Herzog von Ratibor, der gemeinsame Provinziallandtag der Provinz Schlesien wählte zu seinem Vorsitzenden den Landrat a. D. v. Gossler (Dntl.).

— Die beiden amerikanischen Detektive Raef und Immer, die bekanntlich wegen verführerischer Entführung des deutsch-amerikanischen Kriegsschiffes Vergold von der Strafkammer in Moskau zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, sind auf Befehl der baltischen Regierung ins besetzte Gebiet abgeschoben worden.

— Der preussische Landtag wird am 7. April seine Beratungen wieder aufnehmen. Die endgültige Lösung der Regierungskrise und die Wahl des Ministerpräsidenten dürfte erst im Laufe der nächsten Woche erfolgen.

— **Neuer deutscher Protest beim Völkerbund.** Das Sekretariat des Völkerbundes teilt mit, der Generalsekretär des Völkerbundes habe einen Brief der deutschen Reichsregierung erhalten, worin gegen die Anwesenheit französischer Truppen und gegen die Ausübung französischer Militärgerichtsbarkeit im Saargebiet Einspruch erhoben wird. Die Reichsregierung erklärt in diesen Tatsachen Verstöße gegen den Vertrag von Versailles, und ersucht, ihren Protest den Mitgliedern des Völkerbundes bekannt zu geben in der Erwartung, daß der Völkerbund eine Entscheidung treffen werde. Der Generalsekretär hat diesen Brief der deutschen Regierung dem Vorsitzenden der Regierungskommission im Saargebiet übermittelt mit der Bitte, die dem Räte des Völkerbundes zu unterbreitenden Bemerkungen bekanntzugeben.

— **Der deutsche Schiffahrtstag für die alten Reichsfarben.** Auf dem Montag in Berlin eröffneten 8. deutschen Schiffahrtstag gelangte eine Entschließung zur einstimmigen Annahme, in der die Schiffahrtswelt sich nachdrücklich zur schwarz-weiß-roten Fahne bekennt. Für diese Stellungnahme seien allein praktische Gründe maßgebend: nautische und kaufmännische Erwägungen, sowie überlegte Rücksicht auf die unwandelbare Unabhängigkeit der Auslandsdeutschen an die alten Farben. Die Entschließung empfiehlt, auf dem Wege einer allgemeinen Abstimmung die Auffassung des gesamten deutschen Volkes zur Flaggenfrage unzweideutig feststellen zu lassen.

— **Tschechische „Volkszählung“ im Gultschiner Ländchen.** Das für Deutschland günstige Abstimmungsergebnis in Oberschlesien hat in der Tschechoslowakei die Befürchtung nachgerufen, daß der Völkerbund noch nachträglich eine Volksabstimmung im Gultschiner Ländchen, das bekanntlich unter großer Verletzung des vorgelegten Selbstbestimmungsrechtes ohne jede Abstimmung an die Tschechoslowakei abgetreten werden mußte, anordnen könnte. Nach bewährtem belgischem Muster beistellte sich die Prager Regierung, das tschechische Nationalitätenverhältnis nachträglich zu „korrigieren“. Wie der „Oberschlesische Anzeiger“ meldet, läßt die Bezirksabstimmungskommission in Gultschin alle Personen, welche sich bei der letzten Volkszählung als Deutsche bekannten (etwa 90 Proz.), ortsfestweise vorladen und zwingenweise durch Genbarmerie vorführen. Auf die Borgegeladenen wird mit Drohungen eingewirkt, daß sie sich nachträglich als Tschechen ausgeben. Die Bezirksabstimmungskommission verhängte gegen alle, die dabei hielten, Deutsche zu sein, Geldstrafen von 200 bis 500 Kronen oder Haftstrafen bis zu 14 Tagen. — Die deutsche Presse der Tschechoslowakei ist voll von Empörungsschreien über das brutale Vorgehen der tschechischen Abstimmungskommission.

— **Selbstschutz der Eisenbahner.** Der in dem letzten Erlaß des Reichsverkehrsministers Groener ausgesprochene Wunsch, daß die Eisenbahner die Behörden bei der Bewachung und Sicherung der Anlagen und technischen Einrichtungen unterstützen werden, hat innerhalb der Eisenbahnerorganisationen eine lebhafteste Erörterung hervorgerufen. Man ist dort vielfach der Meinung, daß eine bewaffnete Selbsthilfe der Eisenbahner undurchführbar sei, da auf kleinen Stationen, auf vorgeschobenen Stellwerken usw. ein bewaffneter Widerstand des Personals gegenüber größeren Banden überhaupt nicht zu denken sei. Es sei vielmehr Aufgabe des Staates, mit seinen Machtmitteln auch die fern liegenden Einrichtungen zu schützen. Wie die

„Post-Zeitung“ erfährt, werden in den nächsten Tagen über die Fragen Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium stattfinden.

— **Eintritt der mecklenburgischen Sozialdemokraten in die Regierung.** Eine stark besuchte sozialdemokratische Parteikonferenz in Schwerin beschloß mit großer Mehrheit den Eintritt der Sozialdemokraten in die mecklenburgische Regierung. Ein Antrag, die Koalition mit der Deutschen Volkspartei abzulehnen, fand keine Unterstützung.

— **Zur Einführung einer neuen Rechtschreibung im Reich.** Die Reichsregierung hat die Vorarbeiten für die Reform der Rechtschreibung weiterzuführen und wird demnächst weitere Sitzungen des Sachverständigenausschusses einberufen. Das Reich will den eingeschlagenen Weg weiter verfolgen trotz der heftigen Gegenbewegung. Es ist geplant, eine Neuordnung erst allmählich mit der in den Schulen heranwachsenden Generation einzuführen. Unter diesen Umständen erscheint die Gefahr der Vergeudung wirtschaftlicher Werte ausgeschlossen, zumal die in Aussicht genommene Neuordnung sich in so enge Grenzen hält, daß die vorhandenen Bestände an Büchern und Platten auch nach einer im Laufe der Jahre durchgeführten Neuordnung ohne Beeinträchtigung ihres Wertes weiter verwendet werden können.

— **Für die Reform sprechen nach Ansicht der Regierung folgende Gründe:** Neben einer folgerichtigen lautgetreuen Ausgestaltung fordern die Bedürfnisse der Schule eine Vereinfachung der bestehenden Rechtschreibung. Das Anlernen der Rechtschreibung erfordert viel Zeit, die neuen Aufgaben der Schulen machen aber die Entfernung alles unnötigen Verstopfes notwendig. Die Kürzung der Worte (geplant ist bekanntlich eine phonetische Kürzung) erfordert auch Ersparnis an Papier. Der gegenwärtige Zeitpunkt erscheint für eine Neuordnung insofern besonders geeignet, als eine Neubearbeitung der Schulbücher durch die Umgestaltung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse immer dringender wird.

— **Änderungen im Fernsprechwesen.** Die Denkschrift über den Ausbau des Fernsprechwesens und die neue Fernsprechtariffvorlage werden seitens des Reichspostministeriums dem Reichstag nach den Osterferien vorgelegt werden. Beide Vorlagen verfolgen den Zweck, alle Mißstände und Unzulänglichkeiten des Fernsprechwesens zu beseitigen. Nicht nur die Vint, auch die Fernster sollen modern ausgebaut werden. Der neue Fernprestarif soll den sozialen und wirtschaftlichen Forderungen des Publikums Rechnung tragen. In Aussicht genommen ist die Erhebung einer Anschlussgebühr, die nach der Größe der einzelnen Netze entsprechend den Selbstkosten der Verwaltung bemessen ist, und einer Gesprächsgebühr, die in mehrere Stufen nach der Zahl der ermittelten Gespräche gestaffelt ist. Die Gesamtgebühr wird also durch den Grad der Benutzbarkeit und der tatsächlichen Benutzung des Fernsprechers bestimmt. Vielsprecher zahlen also mehr als Wenigsprecher. Für große Gesprächszahlen wird ein Nachlaß gewährt. Die Fernster werden mit Gesprächszählern ausgestattet. Die Verwaltung hofft, durch den neuen Tarif Mehreinnahmen von rund 800 Millionen Mark binnen ein Jahr zu können.

— **Erweiterung des parlamentarischen Ausschusses für die besetzten Gebiete.** Zur Unterstützung der Reichsregierung und des Reichskommissars für die besetzten Gebiete ist ein parlamentarischer Ausschuss eingesetzt worden, dem Reichstagsabgeordnete aller Parteien angehören. Nun ist im Reichswirtschaftsrat der Wunsch laut geworden, diesen Ausschuss durch Mitglieder des Reichswirtschaftsrates zu ergänzen, die im besetzten Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben und die daher am besten den Einfluß der Besetzungsmassnahmen auf das rheinische Wirtschafts- und Verkehrsleben beobachten können. Wie verlautet, ist die Reichsregierung bereit, diesen Wünschen Rechnung zu tragen.

Arbeitsaufnahme der linksrheinischen Rechen.

Auf der linksrheinischen Seite hat der weitaus größte Teil der Belegschaften anfangs dieser Woche die Arbeit wieder aufgenommen. Die Belegschaft der Reche „Reinpreußen“ ist fast vollständig angefahren. Auf der Reche „Diergard“ streiken von der etwa 1000 Mann starken Belegschaft noch 200 Mann. Auf der Reche „Friedrich Heinrich“ haben von der Belegschaft in Stärke von 1900 Mann 400 die Arbeit wieder aufgenommen. Mehr Leute konnten nicht eingekleidet werden, da die Grube zunächst instandgesetzt werden muß. Bei der niederrheinischen Bergwerks-Gesellschaft haben von 419 Mann etwa 200 die Arbeit aufgenommen. Die Belegschaft der Reche „Wilhelmine Reußen“ ist vollständig zur Arbeit erschienen. Belgische Besatzungstruppen halten sämtliche Rechen auf der linken Rheinseite noch besetzt.

Rundschau im Auslande.

— **Die italienische Kammer** wird am 7. April endgültig aufgelöst. Die Neuwahlen sind für den 18. Mai festgesetzt.

— **Die spanische Regierung** hat dem schweizerischen Bundesrat in einer Note mitgeteilt, daß die Mörder des Ministerpräsidenten Dato sich nach der Schweiz geflüchtet hätten, und ihn ersucht, die Verfolgung der Mörder in der Schweiz aufzunehmen.

— **Nach der Niederwerfung der georgischen Republik** bringen die Bolschewiken jetzt gegen Armenien vor. Erwan ist bereits von den roten Truppen eingenommen worden.

— **Bei einem Gefecht** zwischen ausländischen Jändern und britisch-englischen Truppen an der Nordwestgrenze von Indien wurden ein britischer Offizier und 26 indische Soldaten getötet, ein britischer Offizier und 25 eingeborene Soldaten verwundet.

England: Zustimmung der englischen Industriekrisis.

Die Berichte aus allen Landesteilen weisen darauf hin, daß die Eisenbahner bereit sind, sich dem allgemeinen Bergarbeiterstreik anzuschließen, und es scheint kein Zweifel mehr zu bestehen, daß die Zusammenkunft der Abgeordneten der Eisenbahner am Mittwoch erklärt wird, daß sie mit ganzem Herzen die Bergarbeiter unterstützen will. Das Land wird sich dadurch vor die ernsteste industrielle Krise in seiner Geschichte gestellt sehen, besonders wenn die Eisenbahner zum Streik übergehen. Die Bergarbeiter erwarten, daß sie eine gleiche Lohnermäßigung erwarten, wenn die Eisenbahner im Sommer von der Regierungsaufsicht befreit werden und die Eisenbahner wieder in den Arbeitsdienst abtreten. Inzwischen hat sich der Zustand in den Bergwerksbetrieben verschlimmert. Die Streikenden zwingen in einigen Distrikten, besonders in Schottland, die Freiwilligen, die Arbeit niederzulegen, was zur Folge hat, daß die Schächte erstarren und ihre Verachtung unvermeidlich ist. In einem der Bergwerke in Wales wütete in einem Schacht ein ausgebreiteter Brand.

Als Folge des Bergarbeiterstreiks wird eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, die die Regierung u. a. zur Beschleunigung und Requisition von Lebensmitteln, zur Regelung des Verkehrs und Befreiung der Preise für Kohle, Gas, Wasser und Elektrizität ermächtigen, während gleichzeitig auch der Polizei weitgehende Befugnisse betreffs Verhaftung verdächtiger Personen zuerkannt werden. In die Grubenbezirke von Wales sind Truppen mit Artillerie und Maschinengewehren entsandt. Alle Grubenzugänge werden militärisch bewacht. Nach einer neueren Meldung lassen die Verhandlungen der Regierung mit den Bergarbeitern eine Verständigung in eifriger Stunde erwarten.

Amerika: Der Sonderfrieden mit Deutschland.

Nach einer Meldung der Pariser Ausgabe des „New York Herald“ aus Washington hatten Präsident Harding und Senator Knox eine Konferenz, aus der hervorgeht, daß die Form der Knoxschen Friedensresolution für den Augenblick wohl unverändert bleibt. Wenn dagegen der Präsident der Ansicht ist, daß die Einbringung dieser Note die Regelung der Beziehungen der Alliierten zu Deutschland behindern könnte, wird sie wahrscheinlich abgeändert werden.

Deutsch-Oesterreichs Anschließwille.

Das Gesetz über die Volksabstimmung wird der deutsch-Oesterreichische Nationalrat demnächst verabschieden, worauf in allen Ländern die Volksbefragung für den Anschluß an das Deutsche Reich erfolgen wird, eine Maßnahme, die mit dem Friedensvertrag von St. Germain keineswegs in Widerspruch steht. Die Regierung soll sich aus dem Grunde entschlossen haben, die Volksabstimmung jetzt auszulassen, weil Einzelabstimmungen in den Ländern und Städten nicht zu vermeiden gewesen wären und unter diesen Umständen eine allgemeine Abstimmung als zwecklos und bezeichnet werden müsse.

Biviani Mission gescheitert?

Nach „Chicago Tribune“ erklärte der in Begleitung des französischen Sondergesandten Biviani befindliche Chefredakteur des „Matin“, Etienne Lannane, daß Biviani die Hoffnung aufgegeben habe, die Vereinigten Staaten zur Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles und zum Beitritt zum Völkerbund zu bewegen. Biviani schiene überzeugt zu sein, daß die Regierung Harding den Frieden mit Deutschland auf dem Wege der Resolution Knox herzustellen beabsichtige.

Damit aber weder Deutschland noch irgendein anderer sich Täuschungen hingeben, wird Senator Knox seiner Entschließung eine Zusatzklausel hinzufügen, daß für den Fall, daß die Ratifikation von neuem Gefahr laufen sollte wie im Jahre 1914 (1), die Vereinigten Staaten sich von dieser Gefahr sofort als bedroht ansehen und sich sofort mit allen anderen verständigen würden, die ebenfalls von dieser Gefahr bedroht sind.

Mit diesem Zusatz soll Biviani sich schließlich, nachdem es ihm nicht gelungen ist, die Resolution überhaupt zu vereiteln, einverstanden erklärt haben. Die Resolution soll beim Wiederzusammentritt des Senats am 11. April eingebracht werden. Sie wird zweifellos im Mai zur Diskussion gelangen und wird wohl Gegenstand einer langen Debatte werden. Nach Ansicht des Antragstellers täte Frankreich aber unrecht, wenn es auf die Verwerfung der Resolution rechnen würde.

Griechische Niederlage in Kleinasien.

Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel sind die armenischen Stellungen in Kleinasien unter türkischem Druck auf Brussa zurückgenommen worden. Die Türken drängen stark nach. „Evening News“ melden aus Konstantinopel: Die Türken geben bekannt, daß Prinz Andreas, der Bruder des Königs Konstantin, an den bei Brussa erlittenen Verwundungen gestorben sei. General Blachopoulos sei gefallen.

Aus Stadt und Land.

— **Vom Krankenlager der Kaiserin.** Aus Doorn geht dem „Berl. Vol.-Anz.“ folgende Mitteilung über das Befinden der Kaiserin zu: Der körperliche Verfall schreitet langsam und unter Schwankungen, aber erschütternd fort. In den letzten Tagen war das subjektive Befinden wieder schlechter. Nur die liebevolle und sachkundige Pflege durch die Familienmitglieder und die Pflegerinnen haben bisher die Kaiserin erhalten.

— **Auf der Flucht erschossen.** Der wegen Ermordung eines Gendarmen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Richard Bott war vor einigen Wochen aus dem Zuchthaus entflohen. Als die Polizei ihn jetzt in Frankfurt a. M. verhaften wollte, schoß er auf die Beamten, worauf diese das Feuer erwiderten. Bott wurde ins Herz getroffen und war auf der Stelle tot.

— **Waternord.** In Bodenbach in Böhmen erschlug der 24-jährige, aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrte Willibald Dittich seinen 64 Jahre alten Vater mit einem Schussrevolver im Wortwechsel wegen eines alten Mantels. Der Mörder stellte sich selbst der Polizei.

— **Mausüberfall im Eisenbahnhof.** Auf der Fahrt von Essen nach Witten wurde kurz nach dem Verlassen der Station Bochum ein Kaufmann aus Witten in einem Abteil von zwei unbekannten Männern geknebelt und seiner Burschaft von 87 000 M. beraubt.

— **33 Opfer eines Bahnunglücks in Texas.** Ein Telegramm aus Galle Bah in Texas meldet den

Zusammenstoß eines Wägenrades mit einem Personenzug zwischen Darradow und Montsch, wobei 28 Menschen getötet wurden.

Die drei italienischen Dörfer verheert. Die gewaltigen Regengüsse, die während der Osterwoche in großen Teilen Italiens niedergingen, haben in der Nähe Neapels zu einem großen Vandalismus geführt, der die Dörfer Sorso und Avana zerstörte. Die Einwohner sind gestorben.

Fliegerabzug in Australien. Wie aus Perth in Australien gemeldet wird, ist der berühmte australische Flieger McIntosh, der im vorigen Jahre in Gemeinschaft mit dem Leutnant Parer den Flug von England nach Australien glücklich durchführte, bei dem Städtchen St. Arna tödlich abgestürzt.

Keine Nachrichten.

Die amerikanische Firma Tom H. Ooms u. Co. New York hat zum Besten der Bremer Rinderhilfe 50 Ballen amerikanische Baumwolle gestiftet.

Nach den Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Berlin hat eine Arbeiterfrau am 18. Januar d. J. Abends Zwillinge und am 8. März, also sieben Wochen später, einen lebenden Drillingen weiblichen Geschlechts geboren.

Dienstag mittig wurde die diesjährige Bremer Frühjahrsmesse in der Jahrhunderthalle eröffnet. Die Zahl der Aussteller, ursprünglich 1400, ist durch zahlreiche Nebenaussteller noch erheblich angewachsen.

Volkswirtschaftliches.

Freie Tabak-Bewirtschaftung. Der Reichswirtschaftsminister hat, wie aus Bremen gemeldet wird, nach längeren Verhandlungen mit den Vertretern des Tabakgewerbes die gebundene Wirtschaft im Tabakgewerbe ab 1. Juli 1921 aufgehoben. Der Preis der Zigarren und Zigaretten wird durch die Einführung der freien Wirtschaft im Tabakgewerbe weder erhöht noch vermindert, sondern bleibt unberührt, weil er fast ausschließlich von der Höhe der Steuern abhängt, die auf den Erzeugnissen der Tabakindustrie liegen.

Beste Nachrichten.

Karl der Wortbrüchige.

Aus Wien wird dem Teutonic-Sachsenden! drahtlich gemeldet: Es unterliegt nach hier vorliegenden sicheren Informationen keinem Zweifel mehr, daß der Aufenthalt König Karls in Ungarn als ein großzügiger Versuch der französischen Politik aufzufassen ist, durch Erleichterung eines neuen Habsburgerreichs weitere Garantien gegen Deutschland zu schaffen, die die Gefahr des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an Deutschland ein für allemal zu beseitigen, und zugleich die oberösterreichische Frage wie die der Zukunft Polens in französischem Sinne zu regeln. Unklar ist noch, ob London von dem Sulzertrick überrascht worden ist und wie es zu ihm steht. Die italienische Regierung protestiert energisch. Haupt Hindernis für die Durchführung des Restaurationsversuchs ist die Stimmung in Ungarn selbst. Dort ist die Bewegung für die Erleichterung eines nationalen Königstums unter Ausschluß aller Habsburger Ansprüche, in so schnellem Anwachsen, daß große Überraschungen keineswegs ausgeschlossen sind.

Für ein ungeteiltes Oberschlesien.

Breslau, 6 April. Der gemeinsame Provinziallandtag der Provinz Schlesien stimmte in seiner gestrigen Sitzung ohne Ausnahme einer Sympathieabgebung für ein ungeteiltes Oberschlesien zu. In der Resolution wurde zum Ausdruck gebracht, daß Oberschlesien mit dem Reich ein unteilbares Ganzes bildet und nur gegen Gesetz und Recht vom Vaterland getrennt werden kann. Der Provinziallandtag beschloß die Abendung dieser Resolution an die Reichsregierung.

Sächsisches.

Chemnitz. Das hiesige Jugendamt (Abt. Erholungs- und Fürsorge) wird auch in diesem Jahre 11 Sonderkolonien gegen Bezahlung einrichten. Vom 1. Juli bis 11. August wird eine solche in Ripadow für 35 Knaben zum Tageslohn von 9 Mark, und vom 5. September bis 1. Oktober für ebensoviel Knaben zum Tageslohn von 7 Mark in Dänemark unterhalten.

Leipzig. Die Sparguthaben bei der Sparkasse unserer Stadt haben am 1. April die gewaltige Höhe von 324 Millionen Mark erreicht. Sie sind allein seit 1. April 1920 um 68 Millionen Mark gewachsen. Unsere Sparkasse markiert damit in der allerersten Reihe aller deutschen Sparkassen.

Dank.

Bei dem unerwartet plötzlichen Hinscheiden meines lieben, unvergeßlichen Vaters, unseres herzensguten, treusorgenden Vaters, bis

**Gutsauszücklers
Karl Dietrich**

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten für den reichen Blumenschmuck sowie Wort und Schrift und für das zahlreiche Geleit zur letzten Ruhestätte unsern herzlichsten Dank. Besonders danken wir Herrn Walter Polack für seine ehrenvollen und tröstlichen Worte an heiliger Stätte. Auch herzlichsten Dank den Trägern für das bereitwillige Tragen. Dieses alles hat unsern wunden Herzen sehr wohlgetan.

Die aber, lieber Gatte und Vater, ruhen wir ein „Habe Dank“ und „Ruhe sanft“ in die Ewigkeit nach. Du hast in nimmermüden Stunden für uns gelorcht, Dein Haus bestellt. Jetzt hast Du Deine Ruh gefunden, Dein Glaube führt in jene Welt.

Falkenhain, am Begräbnistage.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.



**Großes öffentliches
Preis-
kegeln**

Sonntabend den 9. April nachm. 4-11 Uhr und
Sonntag den 10. April vorm. 11 bis nachm. 6 Uhr
im

Hotel zur Post in Schmiedeberg

Alle Sportsfreunde werden dazu freundlich eingeladen.

**Regelklub „Gut Holz“,
Schmiedeberg.**

- ff. Haferstoden 1 Pfd. 2.80 M.,
- Makkaroni 1 Pfd. 9.40 M.,
- Makkaronibruch 1 Pfd. 9.00 M.,
- ff. Preiselbeeren 1 Pfd. 6.60 M.,
- (stark gezuckert, nicht dünn)
- ff. deutsche Kernseife Kiesel 3.40 M.,
- neue deutsche Vollheringe 1 Pfd. 1.40 M.

Otto Feller.

Wir sind wieder mit einem großen Transport

Original-Ostfriesischen

**Milch-
kühen**



(beste Qualität)

hochtragend und fruchtbare, eingetroffen und stellen diese nach beendeter Quarantäne von Donnerstag den 14. April ab bei uns zum Verkauf.

Hainsberg i. Sa. Emil Kästner & Co.
Ferntauf Deuben 296.

Hermisdorfer Weißkalk

empfehlen
Richard Piezsch.

Hausmädchen

(Kinderlieb) gesucht.
Dresden-N., Wiener Str. 34.

Mark 90 000

auch in kleineren Beträgen an Leute jeden Standes vom Selbstgeher gegen 6% Zinsen und Kautionszahlung sofort auszuliefern. Ebenso Betriebskapital für Geschäfte durch
Wälzberg & Einnemann,
Dortmund, Gerberstr. 3-5.
Anfragen Nr. 2 beifügen.

Rotklee

Inkarnatklee

Schwedischklee

Weißklee

Gelbklee

bei
Louis Schmidt

Bei jeder Anzahlung
**suche
Wohnhaus**

zu kaufen. Angebote unter
„T. 510“ „Stella“, Annoncen-
Expediton, Hannover, Esterstr. 15.

Schreibtisch

wird zu kaufen gesucht. Zu er-
fahren in der Geschäftsstelle.

**Simmenthaler
Schnittochse,**

1/2 J. alt, verkauft
Arno Steinich, Reichstadt 87.

**Saana-Zucht-
und Deckbock**

zu verkaufen Reinberg Nr. 10.

Für die vielen Geschenke und Ehrungen, die uns anlässlich unserer Vermählung und Einiges dargebracht wurden, sagen wir zugleich auch im Namen unserer Eltern

herzlichsten Dank.

Dresden, im März 1921.

Kurt Junter und Frau Hulda
geb. Steinigen.

Bekanntmachung.
Atemgymnastik-Kursus.
Lehrerin: Frä. Käthe Bauer, Dresden.
Beginn am 24. April.

Zu empfehlen ist dieser Kursus Personen mit kleinen Lungen-
beschwerden, Asthmaleiden, Blutharnt, Blieschicht, engem Brustbau,
Personen, welche einen sitzenden Beruf haben, Kindern und Er-
wachsenen auch ohne ein Leiden von großem Vorteil. Nähere
Auskunft erteilt und Anmeldungen nimmt bis 15. April entgegen

Otto Ell, Naturheilkundiger.

**Posener
Saatkartoffeln,**
frühe, mittelfrühe und späte, treffen in den nächsten Tagen ein.
Bestellungen nimmt entgegen
Räde, Walter.
Tel. 160.

**Schare und Streichjohlen zu Sächsischen
Pflügen, Cultivatorschare**
hält am Lager und empfiehlt
Maschinenfabrik Dippoldiswalde,
Erich Böhme.
Verkaufsstelle Markt 27.

Schirme
werden in eigener Werkstatt
nachgemäÙ repariert und neu be-
zogen. Auswahl in Griffen,
Stöcken und Stößen.

Carl Reichel
Schirmspezialgeschäft,
am Markt 21.

Scharfer Hühner
zu verkaufen.
Ruppendorf Nr. 58.

Kurszettel.
Mitgeteilt vom Chemnitzer Bankverein, Zweigstelle Dippoldiswalde.

Staatspapiere.		Kurse vom		2. 4.	5. 4.
3	Deutsche Reichsanleihe	67,-	66 3/4		
3 1/2	do.	65 25	65 1/4		
4	do.	67 50	67,625		
5	do.	77 375	77 375		
3	Sparprämien-Anleihe	83,50	83,75		
3	Sächsische Rente	57,-	67 50		
3	Sächs. St. Anleihe v. 55 à 100 T.	86,-	84,375		
3 1/2	do.	82,75	83,-		
4	do.	73,875	74,-		
3 1/2	Landeskultur-Renten-Scheine	88,25	88 1/2		
4	do.	99,-	98,-		
3	Preussische Konjols	55 75	54 1/2		
3 1/2	do.	58,-	60,-		
4	do.	67,75	69,-		
Planbbriefe.					
3	Landwirtschaftl.-Kredit. Pfd.	86 50	86 1/2		
3 1/2	do.	95,-	95 50		
4	do.	107,75	108 50		
3	Landwirtschaftl. Kreditver. Kr. br.	88,-	88,-		
3 1/2	do.	85,25	84 85		
4	do.	97,75	97 3/4		
Bank-Noten.					
	Allgem. Deutsche Credit-Anst. Leipzig	194,50	195 3/4		
	Chemnitzer Bank-Verein	201,-	201 1/2		
	Commerz & Privat-Bank	209,-	209,-		
	Dresdner Bank	300,-	300,-		
	Dresdner Bank	215,-	217,-		
	Leipziger Bank	204,-	204,-		
	Sächs. Bank	276,-	270,-		
Devisenkurse.					
	Berlin, telegraphische Aus- scheidung auf:	2. 4.	2. 4.	5. 4.	5. 4.
	Holland 100 Gulden	2145 85	2147 15	2122 25	2127 15
	Dänemark 100 Kronen	1131,35	1133 65	1001 40	1093,60
	Schweden 100 Kronen	1444,55	1447 45	1436 55	1439 45
	Norwegen 100 Kronen	991,50	993 50	981 50	983 50
	Heligoland 100 Kr. NL	153 30	153,70	153,80	154 20
	Schwiz 100 Frank.	1076,40	1078 60	1063 90	1066,10
	Wien (alte) 100 Kronen	16,03	16,07	16 53 1/2	16,39 1/2
	Wien (neue) 100 Kronen	82,60	82 80	82 52 1/2	82,72 1/2
	Budapest 100 Kronen	21 22	21,28	22,47	22 53
	Spanien 100 Ptas	866 40	868 60	851,60	853 40
	Brasilien-Anweisungen 100 Brl.	453 50	454 50	449 55	450 45
	Italien 100 Lire	252 95	253 55	254 70	255 20
	London 1 Pfd Sterling	243 625	244 125	240 45	240 95
	New York 1 Dollar	62 03	62 17	61 43	61 57
	Paris 100 Frank	435,55	436 45	430,05	430 95

Poliales.

Wom Frühaufrichten. Die Tage sind nun wieder länger geworden, und wenn man im Winter auch gern möglichst lange am Morgen im Bette bleibt, so lockt im Frühjahr die liebe Sonne doch ganz von selbst zum Frühaufrichten. Ob man der Dichtung folgt, ist freilich eine andere Frage. Viele sind während der kalten Jahreszeit die Dagschlaferei so gewohnt geworden, daß sie sich nur mit einem bestimmten Maß von Energie von den Fesseln dieser Schwere wieder befreien können. Das ist natürlich vom Uebel, denn der Mensch soll sich jederzeit beherrschen können. Hat man genug geschlafen, so wach man auf, und nun soll man festweg an sein Tagewerk gehen. Nur der wirkliche Schlaf ist gesund, das bloße Inbettelegen aber nicht, sofern man nicht gerade krank oder kranklich ist. Auszuschlafen muß der Mensch auf alle Fälle; reicht's aber am Morgen nicht zu, dann gebe er des Abends zeitiger schlafen. Im übrigen haben die Gelehrten nachgewiesen, daß man im Sommer weniger Schlaf braucht als im Winter. Man zwinge sich also, täglich zehn Minuten früher aufzustehen, als am vorhergehenden Tage, denn gewaltig soll man die Gewohnheit ja auch nicht vertreiben. d. h. man soll nicht plötzlich um 4 oder 5 Uhr aufstehen, wenn man es bisher erst um 6 oder um 7 Uhr tat. Das Frühaufrichten allein ist aber nicht genügend, man muß die gewonnene Zeit auch vorteilhaft verwenden, ganz besonders zu einem Spaziergang. In früher Morgenstunde steht die Natur ganz anders aus als am Tage; man fühlt die würzige Frische der Morgenluft, dazu ist der Geist munter und froh, der Arm kräftig und arbeitsfreudig, das Gemüt vollbefriedigt, der Lebensgenuss ein tieferer. Daß Morgenstunde Gold im Grunde hat, weiß jeder; aber wie wertig werden die uralte Weisheit praktisch an! Man versuche es nur einmal, recht früh am Morgen hinausgehen in Feld und Wald, und man wird entzückt sein über die unendliche Schönheit der Gottesnatur gerade in diesen Stunden.

Größe der Postkarten. Ueber die zulässigen Abmessungen der Postkarten bestehen in Versendebriefen vielfach Zweifel. Die von der Postverwaltung ausgegebenen Postkarten haben die Größenmaße 14 : 9 Zentimeter, wie sie als obere Grenze in den Bestimmungen des Weltpostverkehrs vorgeschrieben sind. Die nicht von der Post bezogenen Postkarten dürfen in Form und Papierstärke nicht wesentlich von den amtlich ausgegebenen abweichen und nach einem im Jahre 1919 gemachten Jugendsünden nicht größer sein als die von der Postverwaltung ausgegebenen Postkarten, deren Abmessungen auf 15,7 : 10,7 Zentimeter festgesetzt sind. Es gelten also als äußerste Grenze für die nicht amtlichen Postkarten im inneren deutschen Verkehr die Maße von 15,7 : 10,7 Zentimeter. Werden diese in der einen oder anderen Richtung überschritten, so unterliegt die Postkarte nach der Postordnung dem Briefporto und wird nach dem Postabgabengesetz mit dem Doppelten des zur Briefgebühr fehlenden Betrags belegt. Nach dem Ausland dürfen nur Postkarten mit Ausmaßen von höchstens 14 : 9 Zentimeter verwendet werden.

Wieder neue Briefmarken! Es gibt gewisse Länder auf Gottes Erdboden, deren Regierungen einen ganz besonders starken Betrieb im Fabrizieren von Briefmarken entfalten, sehr zum Ergötzen der Briefmarkenhändler und -Sammler. Auch in Deutschland, das früher kaum mit neuen Briefmarken aufwartete, macht sich in jüngster Zeit ein Briefmarkenrummel bemerkbar. Gegen diesen harmlosen Sport wird niemand ein Wort sagen wollen, wenn es nicht auf Kosten des künftigen Geschmacks geht. Daß dies mitunter der Fall ist, haben wohl die Nationalversammlungsmarken selbigen Angedenkens zur Genüge bewiesen. Wie nun von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, kommen gegen Ende April neue deutsche Briefmarken in den Verkehr. Die Entwürfe werden hoffentlich auch hochgeschraubten Ansprüchen genügen; stammen sie doch von dem bekannten Münchener Künstler Prof. Willi Weiger. Das Germanienbild soll mit den neuen Marken endgültig fallen. Ausgegeben werden sie in den Werten von 5, 10, 25 und 30 Pf.

Vom Einkommensteuergesetz.

Wirtschaftliche Verbesserungen.

Neben wesentlichen sozialen Erleichterungen enthält das abgeänderte Einkommensteuergesetz auch beachtenswerte wirtschaftliche Verbesserungen. Die wichtigsten entsprechenden Bestimmungen seien im folgenden verzeichnet:

Steuerfreie Erneuerungsvorklagen.

Es ist zunächst bemerkenswert die Möglichkeit steuerfreier Abschreibungen für Erneuerungsvorklagen. Das Gesetz bestimmt, daß bei Ermittlung des Betriebsergebnisses und des Geschäftsgewinnes zum Zwecke der Veranlagung für die Rechnungsjahre 1920 bis 1926 den Verhältnissen entsprechende Rücklagen zur Bestreitung der Kosten steuerfrei abgesetzt werden können, die zur Ersatzbeschaffung der zum land- oder forstwirtschaftlichen oder gewerblichen oder bergbaulichen Anlagekapital gehörigen Gegenstände über den gemeinen Wert der Ersatzgegenstände hinaus voranschlägig aufgewendet werden müssen (Mehrkosten). Die Mehrkosten sind zu Lasten dieser Rücklagen zu verrechnen; sehen zur Bestreitung der Mehrkosten zu diesem Zwecke gebildete Rücklagen nicht zur Verfügung, so können die Mehrkosten als Werbungskosten in Abzug gebracht werden. Bei Feststellung des Anschaffungs- oder Herstellungspreises bleiben die Mehrkosten außer Betracht, soweit sie für Ersatzbeschaffungen als Werbungskosten in Abzug gebracht oder aus steuerfreien Rücklagen gedeckt worden sind.

Der Reichsfinanzminister erläßt Richtlinien über die jeweilige Höhe der über den gemeinen Wert hinausgehenden Mehrkosten, ferner Vorschriften über die Ersatzbeschaffung von steuerfrei geliebten Rücklagen, die nicht ihrem Bestimmungszweck zugeführt sind oder nicht mehr zugeführt werden können, beides nach Anhörung eines vom Reichstag zu wählenden Ausschusses unter Zuziehung von Sachverständigen, die vom Minister zu ernennen sind.

Bei Ermittlungen landwirtschaftlichen oder gewerblichen Einkommens sind die dem Betrieb dienenden Gebäude nebst Zubehör den Wirtschaftserzeugnissen Waren und Vorräten des Betriebes hinzuzurechnen, deren Stand und Wert am Anfang und Ende des Jahres zu vergleichen ist. Soweit für Gegenstände des Betriebes ein Anschaffungs- oder Herstellungspreis gegeben ist, gilt bei Berechnung des Betriebsergebnisses und des Geschäftsgewinnes als Wert dieser Gegenstände der Anschaffungs- oder Herstellungspreis nach Abzug der zulässigen Absetzungen für Abnutzung. Uebersteigt für einen Gegenstand der Anschaffungs- oder Herstellungspreis den gemeinen Wert, so ist der Steuerpflichtige berechtigt, diesen Wert an Stelle des Anschaffungs- oder Herstellungspreises anzusetzen. In diesem Falle ist der für den Schluß eines Wirtschaftsjahres abgesetzte Wert als Wert der Gegenstände am Beginne des folgenden Wirtschaftsjahres in Ansatz zu bringen. Als „gemeiner Wert“ gilt im Sinne der Reichsabgabenordnung der Wert, den der steuerbare Gegenstand am Stichtage als dauernden Wert hat.

Der Kleinwohnungsbaun.

Eine Neuerung von zugleich sozialer und wirtschaftlicher Bedeutung enthält das Gesetz in der Bestimmung, daß bei Ermittlung des steuerbaren Einkommens in Abzug gebracht werden können: Aufwendungen für die Neubehausung von Kleinwohnungen, die in den Jahren 1920 bis einschließlich 1923 baulich beendet worden sind, sofern die Verwendung der Bauten zu Kleinwohnungszielen für mindestens fünfzehn Jahre von der Fertigstellung ab gesichert ist. Die Vorschrift findet keine Anwendung, so weit die Aufwendungen bereits bei Ermittlung des steuerbaren Einkommens berücksichtigt worden sind. Beträge, die der Steuerpflichtige gemeinnützigen Vereinigungen und Gesellschaften in den Jahren 1920 bis einschließlich 1923 zugewendet hat, sofern diese Vereinigungen oder Gesellschaften satzungsgemäß und tatsächlich ausschließlich die Förderung des Kleinwohnungsbaues bezwecken.

Ob für eine Vereinigung oder Gesellschaft anzuwenden ist, daß sie die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt, bestimmt das Landesfinanzamt im Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde. Der Reichsminister der Finanzen muß mit Zustimmung des Reichsrats nähere Bestimmungen über die Voraussetzung dieser Anerkennung erlassen.

Es ist zu erwarten, daß durch diese Bestimmung der Kleinwohnungsbaun wesentlich gefördert werden wird.

Für das Rechnungsjahr 1920 kann der Reichsfinanzminister eine abweichende Regelung für die Berechnung der endgültigen Steuerschuld anordnen, über die wir berichten werden, sobald sie erfolgt ist.

Der Abzug vom Arbeitslohn.

Die Erhebung der Einkommensteuer 1921.

Die soeben ausgegebene Nummer 15 des Zentralblattes für das Deutsche Reich bringt die Bekanntmachung, betreffend die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1921. Danach erhalten die Absätze 1 und 2 des § 1 der Bestimmungen vom 28. Juli 1920 mit Wirkung vom 1. April an folgende Fassung:

Jeder Arbeitgeber hat den ständig von ihm beschäftigten Arbeitnehmern bei jeder Lohnzahlung 10 v. H. des Betrages einzubehalten, um den der auszuhaltende Arbeitslohn

- a) im Falle der Berechnung des Lohnes nach Tagen 4 Mark für den Tag,
- b) bei Wochenlohn 24 Mark für die Woche,
- c) bei Monatslohn 100 Mark für den Monat übersteigt.

Der gleiche Betrag ist abzugsfrei zu belassen für die zur Haushaltung zählende Ehefrau des Arbeitnehmers.

Der dem Steuerabzuge nicht unterworfenen Teil des Arbeitslohnes erhöht sich für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind

- a) bei Tageslohn um 6 Mark für den Tag,
 - b) bei Wochenlohn um 36 Mark für die Woche,
 - c) bei Monatslohn um 160 Mark für den Monat.
- Portan sind also ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitslohnes nur 10 v. H. von dem dem Abzug unterliegenden Arbeitslohn einzubehalten.

Sport und Verkehr.

× Sport vom Sonntag. Bei den Hockey-Wettspielen um den Silberpokal in Berlin schlug die Auswahlmannschaft Berlins die Repräsentanten Süddeutschlands mit 3 : 0. — Am ersten Leipziger Stadentag siegte der Berliner Sportklub in dem Hauptrennen, dem Dauerrennen über 85 Kilometer um den Großen Frühjahrspreis von Kuschlow, Müller und Appelhans. Ueber 20 000 Zuschauer wohnten dem spannenden Rennen bei. — In Wettkampf um die Fußballmeisterschaft schlug die Berliner Mannschaft die mitteldeutsche Verbandsmannschaft mit 3 : 1. — Im Magdeburger Frühjahrsrennen über 1600 Meter, 1600 Meter war der Jockey J. Schmidt mit dem von ihm gerittenen Favoriten Dautsch siegreich.

× Wettkampf um die Schwertmeisterschaft. Bei dem Schwertwettkampf zwischen den Schwertmeistern Dautsch und Capablanca in Havana hat letzterer die fünfte Partie nach 36 Rügen gewonnen, nachdem die ersten vier als unentschieden abgebrochen waren.

Gerichtssaal.

× Verurteilung eines kommunistischen Reichstagsabgeordneten. Das Münchener Volksgericht hat den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Wendelin Thomas wegen Aufforderung zum gewalttätigen Umsturz zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen den Oberstaatsanwalt Wagerer wurde auf ein Jahr Gefängnis erkannt. Die Bewährungsfrist wurde verweigert. Gegen das Volksgerichtsurteil gibt es keine Berufung. Das Urteil ist innerhalb 24 Stunden vollstreckbar. Der Schutz der Immunität wurde Thomas entzogen. — Die Münchener Polizei verhaftete als Hersteller des Generallistenlaufes der Kommunisten in München den 26-jährigen, nicht immatrikulierten Studenten Hans Gustav Schiff aus Berlin. In seinem Besitz wurde eine Menge Propagandamaterial gefunden.

× 9 Monate Gefängnis wegen Tragens einer Gummipeitsche. Das außerordentliche Kriegsgericht in Weuthen verurteilte am 1. April 1921 den Bohnenkarl Olschick aus Kattowitz wegen Tragens einer Gummipeitsche zu neun Monaten Gefängnis. Der Tatbestand, der die ungläubige Härte und Unge rechtigkeit dieses Urteils klar in die Erscheinung treten läßt, ist folgender: Olschick kaufte sich am 26. März eine Gummipeitsche. Er fragte den Verkäufer ausdrücklich, ob das Tragen einer solchen Peitsche ohne Waffenschein erlaubt wäre und bekam darauf die Antwort, daß diese Art von Peitschen seit langem verkauft würde, ohne daß jemals die Befugungsbehörden daran Anstoß genommen hätten. Als Olschick einige Zeit später in einer der belebtesten Straßen von Kattowitz spazieren ging, wurde er von französischen Soldaten verhaftet und in die Kellerräume der Kaserne zu Kattowitz gesperrt, wo er zwei Tage ohne Betten und ohne Gelegenheit auf etwas Stroh zu bringen mußte. Er wurde dann nach Weuthen überführt. Am ersten April wurde er vom außerordentlichen Kriegsgericht zu der Strafe von neun Monaten Gefängnis verurteilt, obgleich die Harmlosigkeit des Falles ganz offensichtlich ist. Es muß dringend verlangt werden, daß die deutsche Regierung energische Schritte zum Schutze der deutschen Staatsbürger in den besetzten Gebieten Oberschlesiens unternimmt.

× Ein ungetreuer Beamter. Der frühere befohlenmächtigste Leiter der Hanauer Kohlenverteilungsfirma, Hauptmann Friedrich Heber, mußte sich wegen Untreue und Unterschlagung vor der Strafkammer zu verantworten. Heber war die Holzverteilung an die Holzhändler und Einziehung der Beträge übertragen. Er hat 93 000 Mark unterschlagen und für sich verwendet. Das Urteil lautete auf zwei Jahre und zwei Monate Gefängnis.

Scherz und Ernst.

× Der Münchener Durst hat in der Osterzeit nicht so gelöscht werden können, wie es in der Vorkriegszeit geschah. In der im Salvatorerkeller 8000 Hektoliter dieses starken Bieres in wenigen Tagen für zehn tausende verzapft wurden, abgesehen davon, was an anderen Stätten an ähnlichen Bieren sowie an Margener Bier und Malbod zum Ausschank kam. Dieses Jahr waren die Vorräte bedeutend geringer, dafür aber die Preise wesentlich höher, und mancher Durstige hat sich knapp behelfen müssen. Auch an den obligaten Weiskörnern soll es schließlich gehapert haben.

× Im Krankenzimmer. Trotz der bereits in allen größeren Städten eingerichteten Samariterkurie läßt die Behandlung Kranker durch die eigenen Angehörigen oft viel zu wünschen übrig, und selbst gesuchte Samariterzöglinge pflegen Fehler aller Art zu machen, die, wenn an und für sich auch geringfügig, dennoch von sehr nachteiligem Einfluß auf das Befinden des Patienten sein können. — Von hohem Belang ist u. a. die Stellung des Bettes. Niemals sollte dessen Fußende, sondern eine Seite des Lagers dem Fenster zugewandt sein, sodas der Kranke zeitweise hinaussehen kann. Ferner sollte das Bett nicht mit einer seiner Langseiten an der Wand stehen, was nicht nur un bequem für die Pflegerin, sondern auch sehr nachteilig für den Leidenden ist: denn sobald er sich — zur Vermeidung des Lichtes oder zwecks Veränderung seiner Lage — umwendet, so ist sein Gesicht hart der Wand zugekehrt, wodurch seine Augen leiden, und die Atmung beeinträchtigt wird. — Wer eine Krankenpflege übernimmt, sollte sich fünf goldene Regeln ins Herz prägen: Pünktlichkeit, Heiterkeit, Sanftmut, Reinlichkeit und Geduld. Pünktlichkeit in der Beobachtung der Nahrungsmittel und Medikamente, denn jede Verzögerung jener bewirkt, daß die richtige Zeit für diese verpaßt wird, und umgekehrt. Und läßt man den Patienten über die gewohnte Zeit hinaus an seine Erfrischung warten, so mag er sie oft nicht mehr, wenn sie endlich kommt. — Heiterkeit wirkt auf Kranke nicht minder wohlthätig wie Sonnenschein. Die Pflegerin darf im Krankenzimmer niemals ängstlich und besorgt aussehen oder dort mit jemand flüstern, da dies dem Patienten beunruhigt und bei ihm Mißtrauen und Befürchtungen hervorruft. Er hat dann leicht das Gefühl, als würde er wie ein kleines Kind behandelt. — Sanftmut muß sich sowohl in dem leisen Ton der Stimme als in den ruhigen Bewegungen, dem Gehen mit den Gebrauchsgegenständen, den Dienstleistungen, kurzum in der ganzen persönlichen Haltung des Leidenden offenbaren. Daneben ist im Krankenzimmer natürlich für absolute Ruhe Sorge zu tragen.

5. 4.
Brief
27 15
93,60
39 45
83 50
54,20
56,10
16,39 1/2
32,72 1/2
22 53
50 48
50 45
55,20
10 95
11,57
10,95

Epitgen.

Roman von Paul Stefan.
(46. Fortsetzung.)

„Aber werden wir denn überhaupt jemals ankommen?“ fragte Rose endlich.
Da entschloß sich der Baron, der Rose bisher immer vertröstet hatte, endlich eine Aufklärung zu geben.

„Wir müssen weiter fahren, der Semmering liegt längst hinter uns! Wir dürfen einwillen nicht nach Wien zurückkehren.“

„Was?“ fragte die höchlich überraschte Rose in gedehntem Tone. „Nicht nach Wien zurück?“

„Du bist ein vernünftiges Mädchen und wirst mich schon verstehen! Man ist dahinter gekommen, daß ich im Interesse einer fremden Regierung etwas Wichtiges unternommen habe. Man wird auf mich schauen. Wenn man mich erwischt, steht meine Freiheit auf dem Spiel, und die deinige vielleicht auch, denn man würde dich vielleicht für eine geheime Mitarbeiterin halten. Deshalb habe ich Flüchten müssen!“

„Aber meine Sachen! mein Mantel!“ rief Rose entsetzt aus.

„Beruhige dich, mein Kind! Ich ersetze dir doppelt und dreifach, was du verlierst!“

„Meinen Mantel! Meinen Mantel muß ich haben!“

„Aber sei doch nicht kindisch! In Triest finden wir mehr Mäntel, als du brauchst.“

„Ach, Sie wissen ja gar nicht... ich muß meinen Mantel haben! Das ist absehbare Sache, daß Sie mir das nicht gesagt haben!... Wenn Sie wußten...“

Rose wollte an der nächsten Station aussteigen und um Hilfe schreien, wenn man sie daran hinderte. Sie mußte unbedingt nach Wien zurück, um ihren Mantel zu holen.

„Also willst du der Polizei in die Arme laufen? Gut! Ich habe nichts dagegen! Man wird dich im Schub über die Grenze bringen, und wie es dir in Berlin ergeht, wirst du ja sehen! Wenn du dich ins Angeld stürzen willst — meinetwegen! Ich kann dich nicht hindern. Aber ich will dich wenigstens gewarnt haben. Nun, Rose, bist du nun vernünftig?“

„Wenn ich meinen Mantel hätte... an dem anderen wäre ja nichts gelegen!“

„Was willst du nur immer mit dem Mantel? Was hat denn der Mantel so Besonderes?“

„Und wenn er nun etwas Besonderes hätte! Ich will's Ihnen sagen! Ich habe alles, was ich mir erspart habe, fünfshundert Mark, die habe ich da eingekauft! Begreifen Sie nun?“

„Das ist allerdings sehr unangenehm! Aber auch das läßt sich schließlich doch ersetzen! Und ich bespreche dir, Rose, daß du keinen Schaden durch mich erleiden sollst. Wir werden in der nächsten Zeit vornehmlich ziemlich viel Geld gebrauchen, und da ich mich einweisen verbergen muß, weiß ich nicht, wann ich mir Geld werde kommen lassen können, aber eine Abschlagszahlung von hundert Gulden kann ich dir doch machen... Da, nimm, mein Kind, und beruhige dich!“

Der Baron nahm aus seinem Portefeuille, in dem er verschiedene Geldscheine in größeren Beträgen gehahrt, einen Hundertguldenchein und gab ihn Rosen.

Das wirkte! Der Baron hatte bis zur Stunde jedes Rosen gegebene Versprechen gehalten. Sie rechnete also mit Bestimmtheit darauf, daß er ihr die fünfshundert Mark, die sie verloren zu haben behauptete, auch voll ersetzen werde, und damit war nach ihrer Erfahrung die in den Mantel eingekaufte Spitze gut bezahlt.

Jetzt hatte sie den erhofften Erlös dafür ohne irgendwelche Schwierigkeiten für ihre Person zu erwarten. Sie brauchte mit der versänglichen Spitze nicht mehr zu hantieren.

So war es gewiß am besten! Sie war eines festen Beunruhigung ledig! Mochten sie nun mit dem alten Mantel in Wien anfangen, was sie wollten, und wenn die dumme Spitze mit dem abgetragenen Mantel in die Lumpenmühle wanderte, dann war der vorlauteste Zeuge für ihre Mitschuld, die ihr sonst kaum noch bewiesen werden konnte, aus der Welt geschafft. Ja, so war es gut, so war es am besten!

In Triest stiegen die beiden in einem Gasthof dritten Ranges ab, in dem alles sogleich bezahlt wurde, und sie blieben da nur achtundvierzig Stunden, während deren der Baron nicht unerhebliche Aufkäufe machte. Dann bestiegen sie den Dampfer und fuhren nach Venedig.

Im Hotel de la Ville am Canal Grande schrieb der Baron auf den Reisedettel: „Baron Ernst von Saldis mit Gel. Nichte Rosina de Meaulclair aus Belgien.“

Rose hatte große Freude an der herrlichen Stadt; eine ganz besondere Genugtuung bereitete ihr aber die vornehme Verwöhnung ihres durchaus nicht aristokratisch klingenden deutschen Namens. Die Umgestaltung von Moudel zu Meaulclair gefiel ihr ungemein, und sie nahm sich vor, diese wohlgefällige Variante künftig beizubehalten. Sie bestellte noch an demselben Tage bei einem Brasseur Visitenkarten auf diesen neuen Namen lautend; sie machte die Bestellung sehr eilig, obwohl sie voraussichtlich wenigstens für die nächste Zeit doch wohl kaum in die Lage kommen dürfte, von diesen Visitenkarten Gebrauch zu machen.

Der Herbst war wundervoll. Aber für die Schönheiten der Natur und Kunst und besonders für die Ehrwürdigkeit der geschichtlichen Denkmäler besaß Fräulein Rosina de Meaulclair doch nur eine geringe Empfänglichkeit.

Sie war des unsicheren Daselns an der Seite des undurchsichtigen Barons überdrüssig geworden. Und dann war er auch lange nicht mehr so liebenswürdig wie früher und auch nicht mehr so freigebig. Zu allem kam noch, daß der Baron in längster Zeit eifersüchtig zu werden anfing.

Er hatte dazu freilich einige Veranlassung. In demselben Maße, in dem Baron von Saldis in der Gunst und im Vertrauen des Fräulein Rosina de Meaulclair sank, erwarb sich ein junger, reicher Kaufmannssohn aus Hamburg, Namens Ludwig Otter, der seit einem halben Jahre unterwegs war, Ägypten und spanische Stellen durchkreuzt hatte und nun seit vierzehn

Tagen in der Doggenstadt verweilt, um demnach über München und Berlin nach seiner Geburtsstadt zurückzukehren, die Zunehmung der jungen Dame.

Sie hatten sich im Hotel kennen gelernt. Herr Otter, der etwa achtundzwanzig Jahre alt war, war ein sehr galanter Mann. Es wurden gemeinsame Ausflüge gemacht, Gondelfahrten nach dem Lido; kurzum seit einigen Tagen war Herr Otter immer der dritte im Bunde, und er ließ es sich, trotz des lebhaften Widerspruchs des Barons, nicht nehmen, die Besuche regelmäßig allein zu zahlen.

Ludwig hatte das Verhältnis zwischen dem Baron und seiner Nichte natürlich sofort durchschaut, und sein geübtes Auge hatte auch das Wesen dieser allerdings sehr anmutigen und reizvollen Nichte wohl erkannt. Der Eroberung des klugen und hübschen Fräulein Rosina war nun sein einziger Gedanke. Trotz des wachsenden Argwohn des Barons glückte es ihm doch, mit Rosinen, die übrigens das eifrigste Entgegenkommen zeigte, sich im geheimen völlig zu verständigen. Es wurde ein vollkommener Schachplan entworfen, und bei Rosinens besonderer Veranlagung für taktische Simulationen gelang dieser Plan glänzend.

Rosina hatte sich lebend gestellt und war den ganzen Tag zu Hause geblieben. Um acht Uhr abends legte sie sich zur Ruhe und bat ihren Freund, wenn er später nach Hause käme, sich möglichst geräuschlos zu verhalten, da sie nicht aus dem Schlaf aufgeweckt werden möchte. Sie schloß sich in ihr Zimmer ein. Sie hörte den Baron gegen zehn Uhr heimkehren. Sie hatte sich längst wieder angezogen, lag am offenen Fenster und blickte in angenehmer Erregung auf das ruhige, dunkle Wasser des Kanals.

Da hörte sie das Plätschern des Wassers und Auberflagen. Die schwarze Gondel legte an der Marmortreppe des Hotels an. Rosina wehte mit ihrem Taschentuche aus dem Fenster und sah dann, wie unten im Dunkel ebenfalls etwas Weißes sich bewegte.

Sie öffnete leise die Tür zum Korridor, schlich behutsam an der Tür des Nebenimmers vorüber, und eine Minute darauf hatte sie den Fuß auf die Gondel gesetzt.

Ludwig war ihr beim Einsteigen behilflich. Der Portier hatte ein wenig gelächelt.

„Ja, in Venedig weht wirklich eine eigentümliche Luft! Der arme Baron von Saldis!“ sagte er für sich, als die Gondel abfuhr.

Um halb zwölf verließ der Bug Venedig. Diesmal hatte sich Rosina ohne Schmerz von ihren Sachen getrennt. Ihr neuer Freund hatte ihr sogleich das vollste Vertrauen eingelöst. Da waren ohne allen Zweifel solide und geordnete Verhältnisse. Sie hatte an den ganzen Art und Weise seines Auftretens sofort gemerkt, daß Herr Otter ein reicher junger Mann war, der gern und viel Geld ausgab.

Als der Baron am anderen Morgen an die noch immer verschlossene Verbindungstür zum Zimmer seiner Nichte klopfte, erhielt er keine Antwort. Er klopfte stärker. Vergeblich. Er trat nun vom Flur aus in Rosinens Stube. Das Bett war leer und der Vogel ausgeflogen. Der Koffer und die in Triest erstandenen Sachen waren zur Stelle. Der Baron war sehr bestürzt. Er dachte zunächst an einen Unfall.

Darüber beruhigte ihn indessen der Portier, der ihm, diesmal ohne zu lächeln und mit Würdigung der Würde, die Mitteilung machte, daß Fräulein de Meaulclair gestern abend zwischen halb elf und elf in einer Gondel abgeholt worden sei. Auf die weitere Frage des Barons, ob Herr Otter schon ausgegangen sei, meidete der Portier, daß Herr Otter bereits gestern nachmittags seine Rechnung gezahlt und sein Gepäck nach dem Bahnhof habe befördern lassen. Herr Otter habe wahrscheinlich mit dem Nachturierzuge Venedig verlassen und dürfte um diese Stunde etwa in Bozen sein.

Diese Auskunft genigte dem Baron vollkommen. Er forderte gleichfalls seine Rechnung und überließelte noch im Laufe desselben Vormittags nach einem anderen Hotel.

Während ihres mehrwöchentlichen Aufenthaltes in München amüsierten sich die jungen Leute königlich. Sie hatten beide aneinander Gefallen gefunden. Rosina sah wirklich hübsch aus. Sie benahm sich tadelloser. Sie war immer hinter und guter Dinge, und Ludwig Otter war stolz auf seine Eroberung und auf die neidischen Blicke, die auf ihn fielen, wenn er mit Rosina in der Loge erschien. Er überhäufte sie mit reizenden Geschenken, und sie nahm sie dankbar entgegen: Fächer, Opernglas, Schirme, Handschuhe — alles, was der gute Ludwig herbeischleppte.

Nur eines verbat sie sich in anmutiger Weise: Sie

wollte durchaus keinen Schmuck haben — und diese Saune dankte Herrn Otter ganz erträglich. Sie trug in der Tat, außer einer einfachen goldenen Brosche am Kragen, nicht den geringsten Schmuckgegenstand, keinen Ring, keine Armspange, kein Halsband — nichts von Gold und Steinen, immer nur einige frische Blumen.

In diesen lustigen Tagen erlebte Rosina jedoch auch ein ernsthaftes Geschäft: sie schrieb an Frau Toni Tagmeier, Margareten, Wien, erzählte ihr ausführliches von ihrem Glücke und bat sie schließlich um postlichere Zusendung des Täschchens. Vier Tage darauf kam das eingeschriebene Paket richtig an, Ludwig besorgte die Jollabfertigung, die keinerlei Schwierigkeit machte, und als er von Rosina hörte, daß ihr die Bibel als teures Familienstück — das Konfirmationsgeschenk ihrer seligen Mutter — das Liebstes auf Erden wäre, und daß sie in dem Strumpf ihre kleine Erbschaft verborgen habe, lächelte er gerührt und schenkte ihr eine schöne feuerfeste Schatulle, die groß genug war, um die Bibel und ihr Vermögen in sich zu fassen. Es war ihm eine besondere Genugtuung, bei diesem Nebenwärtigen jungen Freundin noch um eine anständige Summe in glänzenden Goldstücken, die in dem besonders verschließbaren Tresor der Schatulle ein angemessenes Unterkommen gefunden hatten, vermehren zu dürfen.

Rosina war abergläubisch. Auch abgesehen von dem goldigen Inhalte war ihr der eiserne Kasten das Liebste und nützlichste Geschenk, das sie je bekommen hatte. Sie umschlang ihren feinfühligsten Freund und küßte ihn herzlich.

Herr Otter hatte auf seiner großen Reise mancherlei Interessantes gesehen und großartige Schönheiten bewundert; aber er meinte, schöner als in dem lieben deutschen Vaterlande sei es doch nirgendwo.

Im November war er zu den Seintgen zurückgekehrt, und die Freude war groß. Aber sie währte für den älteren Herrn Otter Vater nicht allzu lange. Die Stirn des würdigen Kaufmanns umdüsterte sich. Er hatte erfahren, daß sein Sohn Ludwig von der Reise eine jugendliche und sehr hübsche und feche Begleiterin mitgebracht, die er in Bergedorf eingemietet hatte, und bei der er seine Abende in des Wortes weitester Bedeutung verbrachte.

Herr Otter der Ältere hatte mit seinem Sohne eine lange Auseinandersetzung über die völlige Verschleiertheit der Sitten und Gebräuche des kalten Nordens und der mittäglichen Länder, die in dem bestimmten Verlangen gipfelte, daß die „Verlorne“, wie Herr Otter der Ältere Fräulein Rosina de Meaulclair etwas geringfügig nannte, sofort aus Hamburg und Umgebung entfernt werde — und zwar weit entfernt. Im Falle der Nichterfüllung dieser Forderung war Herr Ludwig Otter von so starken Annehmlichkeiten bedroht, daß dadurch nicht bloß seine gegenwärtige Lebensstellung, sondern sogar seine ganze Zukunft gefährdet erschien. Da war also nicht zu spähen, denn Herr Otter der Ältere war bei aller Liebe für seinen Sohn und bei aller Großartigkeit in Geldsachen mitunter gar kein spaßhafter Mann.

Mit aufrichtigen Tränen des Schmerzes trennten sich Ludwig und Rosina.

Was nützte es Rosina, daß ihr Freund sie mit der Versicherung beruhigte, er werde sie nie im Stich lassen, und sie könne immer auf ihn zählen, wenn sie seiner bedürfte? Sie hatte ihren Ludwig in der Zeit ihres viermonatlichen Zusammenlebens wirklich liebgewonnen. Nach Berlin wollte sie auf keinen Fall gehen! Das ganze Deutschland war ihr vergällt! In der Fremde wollte sie ihren Schmerz zu vergessen suchen.

(Fortsetzung folgt.)

Volkswirtschaftliches.

Die Bewirtschaftung des Zeitungspapiers aufgehoben. Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung vom 1. April beschlossen, die Bewirtschaftung des Zeitungspapiers mit Wirkung vom 1. April ab aufzuheben. Damit entfällt in Zukunft auch die amtliche Preisfestsetzung. Die Reichsregierung will auch weiterhin durch aufrichtige Förderung der Produktion und durch straffe Handhabung der Ausfuhrkontrollen für Zeitungspapier sorgen, daß der Inlandsbedarf der deutschen Presse sichergestellt bleibt. — Vor einer Woche noch hatte sich das Reichskabinett entschlossen, die Bewirtschaftung des Zeitungspapiers bis zum 1. Juli beizubehalten. Die plötzliche Stimmungsänderung wird von der Reichsregierung mit durch die Entschließung der Zeitungslieferer vom 31. März in Hannover geschaffenen Wege begründet.

Scherz und Ernst.

11. Das Liebesleben der Vögel bietet uns im April Gelegenheit, in Wald, Park und Garten die anmutigsten und reizendsten Szenen zu beobachten. Im Bollgenuß ihres Liebesglücks entsalten die Vögel ein bezauberndes Leben und Wesen. Das Weibchen kofettiert mit dem Männchen oder gar mit mehreren, läßt um seine Gunst kämpfen wie eine stiftame Jungfrau aus dem Mittelalter, um Herz und Hand sodann dem Schönsten und Tapfersten zu reichen. Deshalb wenden auch die Vogelkrieger ihre ganze Kunst und Kraft auf, um in den Augen ihrer Auserwählten so angenehm wie möglich zu erscheinen. Sie singen ihre schönsten Lieder, führen förmliche Liebespiele auf, präsentieren sich als die höchsten und prächtigsten Flieger oder fordern ihre Nebenbuhler zum blutigen Kampf heraus. Einige Arten kämpfen mehr zum Scherz, bei anderen geht es auf Leben und Tod. Vögel sind immer rasend eifersüchtig, besonders die durch ihre Heberzahl im Nachteil befindlichen Männchen. Einem Teil hilft aber alles nichts, er ist unerbittlich zum alten Junggesellentum verurteilt. Tauben und Hühner geben in der Regel die beste Gelegenheit, dieses allerliebste Wesen und Kofettieren zu verfolgen. Es gibt kaum einen komischeren Anblick, als einen Täuber, der unter den kuriosesten Verwegenheiten und beständigem „tuturru“ hinter seiner liebsten herzogt.



Die enttäuschten Zollfischer am Rhein.